

# Verbesserung der Rechtssituation für Betroffene von Menschenhandel

Kommentar zum Gesetzesentwurf Grün/Bündnis 90 vom 20.11.14

## Zentrale Inhalte des Gesetzesentwurfes (Auswahl):

- Aufenthaltsrecht für Betroffene inklusive Erlaubnis der Erwerbstätigkeit
- Recht auf Sozialhilfe
- Aufenthaltsrecht im Falle gerichtlicher Klärung von arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüchen
- Verbandsklagerecht für Betroffenenverbände
- Bundesfonds für Härtefälle
- Unabhängige zentrale Bundesberichtserstattungsstelle Menschenhandel - Federführung BMAS

## K O M M E N T A R

### Dysfunktionaler Diskurs

Das Thema Menschenhandel wird öffentlich fast ausschliesslich als Phänomen des Feldes der erotischen und sexuellen Dienstleistungen wahrgenommen. Es dominiert das Bild der jungen, ungebildeten, aus Armut kommenden, durch Gewalt gezwungenen, durch Vorspiegelung falscher Tatsachen betrogenen oder von skrupellosen Profiteuren durch Charme übertölpelten Heranwachsenden oder Minderjährigen, des schutzlosen Mädchens, der verführten Tochter. Dieses Bild bestimmt einen Diskurs zum Menschenhandel, der einseitig, der dysfunktional ist.

### Flickwerk

Der Gesetzesentwurf stellt demgegenüber klar, dass Menschenhandel nicht durch eine Politik begegnet werden kann, die lediglich das Feld erotischer und sexueller Dienstleistungen und die dort Aktiven in den Blick nimmt. Eine solche Fokussierung wird durch den Entwurf und in dessen Begründung abgelehnt (1). Ein weiterer Blick ist gefordert, der alle Wirtschaftsbereiche in den Blick nimmt und Wirtschaftsbereiche identifiziert, in denen Menschenhandel eine größere Rolle spielt. Der Entwurf ist implizit Kritik an der Verengung des Blickes auf das Feld erotischer und sexueller Dienstleistungen (FesD) und kritisiert explizit die einseitige Ausrichtung institutionalisierter Hilfen auf das FesD. Der Blick auf den und der Diskurs um den Menschenhandel soll geweitet werden, verbleibt aber aufgrund struktureller Mängel im Zustand des Flickwerkes (4).

### Strukturell defizitärer Diskurs

Leider folgt der Entwurf der Spaltung des Menschenhandels in die Felder Arbeits- und sexuelle Ausbeutung und problematisiert diese nicht. Angesichts der Erfahrungen aus dem andauernd dysfunktionalen politischen Diskurs gegen den Menschenhandel, ist das wenig überzeugend. Es wird begrifflich nichts geleistet, um den Terminus Ausbeutung zu fassen, um den es, wenn Fälle in die Ermittlung kommen, inhaltlich geht. Dieses Defizit verschärft sich noch durch die diskriminierende Abspaltung der sexuellen aus dem Feld der allgemeinen Erwerbstätigkeit mittels des Terminus der sexuellen Ausbeutung, der ebenfalls ungeklärt bleibt. Der Entwurf verharrt damit in den strukturellen Mängeln, die dem Diskurs um den Menschenhandel defizitär prägen und dysfunktional, den moralischen Diskurs bzw. den moralischen Kreuzzug ( R. Weitzer, <http://myweb.dal.ca/mgoodyea/files/Moral%20crusade%20against%20prostitution%20Weitzer%20Society%20March%202006.pdf> ) gegen Paysex widerspiegelnd, steuern.

### Drei positive Aspekte

Abgesehen von der Weitung des Blickes, und neben den Selbstverständlichkeiten (Verbesserung der Rechtsposition von Betroffenen aus Drittstaaten, Aufenthaltsrecht, Einklage arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche), sind Aspekte, die in Detailregelungen des Entwurfes erwähnt werden, interessant.

## 1. Recht auf informierte Entscheidung

Die Gesundheitswissenschaften machen es ethisch zum „state of the Art“, in der Richtlinie 2011/36 EU ist es Bestandteil der Philosophie, das Recht auf Information als Voraussetzung selbstbestimmter Entscheidung. Im Informationsfreiheitsgesetz findet es sich - Leitbild gläserner Staat - wieder (IFG, <http://de.wikipedia.org/wiki/Informationsfreiheitsgesetz>). Der Grundsatz *only an informed person ist a protected one* ([www.diakonie-bremen.de/fileadmin/user\\_upload/media/PDF/Broschuere\\_Arbeitsausbeutung.pdf](http://www.diakonie-bremen.de/fileadmin/user_upload/media/PDF/Broschuere_Arbeitsausbeutung.pdf)) ist menschen- und grundrechtlich basierter Schutzanspruch, ist Voraussetzung für Teilhabe am Gemeinwesen, ist Grundlage demokratisch verfasster Staaten. Der Grundsatz wird in der Europaratskonvention gegen Menschenhandel bereits 2005 (6) berücksichtigt. Er kommt im Gesetzentwurf Grün/Bündnis durch eine Verpflichtung aller beteiligten Behörden (3) zur Geltung.

Betroffene von Menschenhandel sind, darauf nimmt der Entwurf Bezug, bereits jetzt nach EU Recht

- unverzüglich
- schriftlich
- umfassend
- in einer Sprache, die sie verstehen

über Rechte zu informieren, die Ihnen zustehen, auch und obwohl die BRD konventions-/richtlinienwidrig, dies nach wie vor nicht in nationales Recht umsetzt, und so fortgesetzt vertragbrüchig handelt.

Staatliche Stellen und Funktionstragende, insbesondere aus dem Gleichstellungs- und dem Bereich der inneren Sicherheit wiederholen (Herr Zahel - LKA Niedersachsen, Herr Sporer - Polizei Augsburg, Frau Hauße - ZGF Bremen, Herr Mäurer - Senator Inneres und Sport Bremen) im Amt, dass bis zu 90 % aller Anbietenden im FesD von organisiertem Menschenhandel in die sexuelle Ausbeutung, betroffen seien der überwiegende Teil in der Folge von Gewaltverhältnissen. Viel zu tun zum Schutz der 90 %, der 360.000 von 400.000 Anbietenden im FesD, von denen geredet wird.

---

### Exemplarisch Frau Hauße.

Als Sprecherin des Deutschen Städtetages war Sie im April 2005 der Ausgangspunkt einer Nachricht (siehe: <http://www.sexworker.at/phpBB2/viewtopic.php?p=143114#143144>), die zwar wahrheitswidrig und ohne Evidenz aber wirkmächtig in Medien, Zivilgesellschaft und Politik wurde. Von ihr wurde die Spur zu der in Osteuropa organisierten Verschleppung von 40.000 Frauen in die sexuelle Ausbeutung gelegt ([http://www.deutschlandradiokultur.de/prostitution-die-spur-der-40-000-976.de.html?dram:article\\_id=296569](http://www.deutschlandradiokultur.de/prostitution-die-spur-der-40-000-976.de.html?dram:article_id=296569)):

*Zur Fußball-Weltmeisterschaft im kommenden Jahr werden in Deutschland 32 Nationalteams und hunderttausende Fans erwartet. Hinzukommen könnten bis zu 40.000 Zwangs-Prostituierte. Das schätzte gestern Ulrike Hauße, Bremer Landesbeauftragte für Frauen und Vorsitzende des Frauenausschusses des Deutschen Städtetages, der am Donnerstag und Freitag erstmals in Bremen tagte. Zwar sei die Zahl nur eine „vage Spekulation“, aber entsprechende Informationen des Bundeskriminalamtes lägen vor. „Und wir wissen“, so Hauße, „dass vor allem in Osteuropa schon jetzt organisiert wird, wie die Prostituierten an den Behörden vorbei in die zwölf Austragungsorte eingeschleust werden können“.*

Und als Bremer Landesfrauenbeauftragte / Leiterin der ZGF - Zentralstelle des Landes Bremen zur Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frauen - im November 2013 gemeinsam mit Senator Mäurer ([http://www.weser-kurier.de/bremen/politik2\\_artikel.-Problem-Zwangsprostitution-\\_arid.719410.html](http://www.weser-kurier.de/bremen/politik2_artikel.-Problem-Zwangsprostitution-_arid.719410.html)):

*Nach Schätzungen der Innenbehörde arbeiten in Bremen rund 600 Prostituierte. „Der überwiegende Teil von ihnen sind Zwangsprostituierte, die ausgebeutet werden“, sagte Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) gestern anlässlich des Internationalen Tags gegen Gewalt an Frauen. Mit der Landesfrauenbeauftragten Ulrike Hauße hatte er das Thema Zwangsprostitution zum Schwerpunkt des Tages gemacht. „Die Frauen wissen zum großen Teil nicht, dass sie für Zwangsprostitution nach Deutschland kommen“, sagte Hauße. Sie gingen davon aus, dass sie hier Geld für eine bessere Zukunft verdienen könnten. „Tatsächlich befinden sie sich aber in einem Gewaltverhältnis zwischen Schleppern und Zuhältern, die mit der Angst der Frauen spielen.“*

Wer dreimal lügt, dem glaubt man nicht. Frau Hauße hat kein Faul mehr frei.

---

### Rechtsbruch und Mitschuld - Amtliche Förderung des Menschenhandels

Folgt man diesen exemplarisch genannten amtlichen Annahmen und Zahlen versäumt es die BRD seit Jahren die von Menschenhandel Betroffenen 360.000 bzw. 90 % unverzüglich, umfassend, schriftlich, in

einer verständlichen Sprache zu informieren. Die verantwortlichen Amtsträgerinnen Deutschlands sind damit im Sinne der §§ 258, 258 a StGB eventuell an einer Vereitelung von Strafverfolgung beteiligt, jedoch zumindest durch fahrlässiges Verhalten (8), im Angesicht von immensen Taterfolgen (360.000 bzw. 90 % unschuldige und missbrauchte Mädchen) nicht nur rechtsbrüchig bezüglich internationaler Verträge, sondern aktiv im Ausbeutungsgeschäft.

Provokant kann der Rechtsbruch, ausgehend von den amtlich kolportierten Zahlen, als amtliche Förderung des Menschenhandels gewertet werden. Denn: nur ein informierter Mensch ist ein geschützter und Information von Menschenhandelsbetroffenen ist staatliche Pflicht. Die Säumnis bei dieser Pflicht bewirkt als Unterlassungshandlung die amtliche Herstellung einer schutzlosen Lage. Der so produzierte Status subjektiver Wehrlosigkeit, also Vulnerabilität, ist ein als Zwangslage zu verstehendes Gewaltverhältnis von Staates Gnaden. Kommt noch eine Vorteilsnahme hinzu, z. B. Ausgabesenkung durch Abschiebung, Einnahmen aus Bußgeldern (Verstoss gegen Sperrbezirke), sind die Kriterien der trickreichen ausbeuterischer Zuhälterei erfüllt. Es sind nicht mehr die Handtücher die der Lude alter Fassung zur Zinssklaverei hochrechnet, es ist die Technokratie des staatlichen Gewaltmonopols, der freundliche Beamte von nebenan, der (ökonomisch) die Existenz präkarisiert.

Die erbrachten Leistungen (Null Information und Schutz) ständen in einem eklatanten Missverhältnis zum erzielten ökonomischen Vorteil (X Bußgeld + Y Ausgabewegfall dank Abschiebung + Z Empowerment Populismus), der zudem zulasten einer Person geht, deren ausländerspezifische Hilflosigkeit missbraucht wurde. Nicht nur ausbeuterische Zuhälterei, nicht nur sexuelle Ausbeutung sondern auch StGB §§ 232, 233, 233 a, Menschenhandel. Jenseits vom rechtsförmigen Terror.

## **2. Zuordnung der Berichterstattungsstelle Menschenhandel zum BM Arbeit und Soziales (7)**

Die Folge dieser Zuständigkeit durch das BMAS sollte ein weiteres Argument dafür sein, dass die rechtliche Regulierung des FesD in die Zuständigkeit und unter die Federführung des BMAS gestellt wird und damit nicht dem Fokus Gender, Gleichstellung und patriarchaler Gewalt und dem BMFSJ zugeordnet wird.

Dies wäre in Hinblick auf eine Gleichbehandlung mit anderen Erwerbstätigkeiten und Wirtschaftsfeldern, ein erheblicher Fortschritt in Richtung Normalisierung.

## **3. Stigmatisierung (5)**

Der Entwurf nimmt ausdrücklich Bezug auf die fortbestehende gesellschaftliche Ächtung der Anbietenden im FesD. Eine ähnliche Aussage findet sich auch im Bericht von Mary Honeyball an das EU Parlament (Bericht über sexuelle Ausbeutung und Prostitution und deren Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter, siehe: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2F%2FEP%2F%2FNONSGML%2BREPORT%2BA7-2014-0071%2B0%2BDOC%2BPDF%2BV0%2F%2FDE> Seite 10 f). Dort wird darauf hingewiesen dass „... Prostituierte öffentlichen Schmähungen und sozialer Stigmatisierung auch noch ausgesetzt sind, wenn sie nicht mehr der Prostitution nachgehen“

Im Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, dem AGG (siehe <http://www.gesetze-im-internet.de/agg/BJNR189710006.html>) lautet der „§ 1 Ziel des Gesetzes: Ziel des Gesetzes ist, Benachteiligungen aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität zu verhindern oder zu beseitigen.“ (Hvhbg. K. F.). Auch wenn strittig ist, ob Anbietenden des FesD ob ihrer Tätigkeit eine sexuelle gesonderte Identität vergleichbar der von heterosexuellen Menschen zukommt, so ist/wäre die gesetzliche Feststellung, dass Anbietende des FesD ob ihrer Tätigkeit sozialer Ächtung und Schmähung unterliegen, für staatliches Handeln und juristische Bewertung von massgeblicher Bedeutung.

### **Diskriminierung als Bürgerpflicht und als Verwaltungsgerichtspraxis**

Im Nachbarschaftsstreit, bei „BürgerINNENinitiativen“ gegen Straßenstrich oder gegen Wohnungen, die von esD Anbietenden genutzt werden, wäre zu beachten, ob der Hintergrund solcher Initiativen nicht in gesellschaftlicher Ächtung und in sozialer Schmähung zu finden ist. Jedenfalls ist es im Wissen um den Tatbestand verbreiteter Ächtung/Schmähung, kaum nachvollziehbar, wenn ohne Prüfung der tatsächlichen Situation, Verwaltungsgerichtsurteile von stereotypen vorgeblichen Störereignissen abhängig gemacht werden (reihenweise Gäste, die in Vorgärten pinkeln, falsche Klingeln nutzen und Kleinkinder zum Puff befragen).

Solche von den Rechtsvertretungen der Nachbarschaft oder der Kommune vorgebrachten sogenannten millieutypischen Störungen, auf deren Grundlage die Unverträglichkeit von esD behauptet wird, könnten, im

moralischen Furor oder kalkuliert behauptete üble Nachrede, Ressentiment, Vorverurteilung, Stigmatisierung sein. Sie sind nicht Realität.

Stigmatisierung, üble Nachrede, kalkulierte Falschaussagen aus dem Nachbarschaftsmillieu nicht als Einflussgröße zu berücksichtigen oder einseitig Plausibilitäten bezüglich der Glaubwürdigkeit von Aussagen der Parteien nach dem Muster FesD unglaublich, Nachbarschaftsmillieu glaubwürdig anzunehmen, ist Ungleichbehandlung durch Justiz. Urteile könnten Ergebnis der Klassifizierung „*durch esD verursachte millieutypische Störung*“ sein, obwohl die tatsächlich Störung in Schmähung und sozialer Ächtung aus dem Nachbarschaftsmillieu bestand, die reale Schädigung realer Menschen zur Folge hat: Traumatisierung, Betriebsvernichtung, Existenzvernichtung. Der moralischen Furor, der die billig gerecht Denkenden befällt, wenn Sie vom FesD phantasieren/hören/berührt werden, mag quälend sein. Die Frisur der Beatniks hat ähnliches zu anderen Zeiten ausgelöst, Verärgerung und eventuell Herzinfarkt. Sturheit und Intoleranz sind sozial- und selbstschädigende Eigenschaften dieser Erregten. Der Furor der modernen Kreuzreitenden sexueller Reinheit erinnert, zum Schaden des FesD, bestenfalls an den Krieg um die Haartracht, strukturell an Inquisition.

Sozial unwert sind die Aktiven des Furors, spätestens dann, wenn sie in Fackelzügen am Strich (Wien) oder vor der Haustür von esD Anbietenden (HB) Schmähungen skandierend, Diskriminierung und Stigmatisierung als BürgerINNENpflicht etablieren. Aktive, die meinen, es sei Demonstrationsrecht, es wäre BürgerINNENrecht, wenn sie ihren Lebensentwurf zum Maßstab des Lebens der Anderen machen, die Beleidigung und Nötigung als anständig, als gerecht, als zulässig betrachten, wenn es um das FesD geht, mögen sich ethisch überlegen wännen. Ihr Wahn gebiert als Wesen eine gewöhnliche Straftat.

Freiheit wird gerufen und die Diktatur des Eigeninteresses vollzogen. Dass ist Alltag unter dem Primat des freien Marktes, des Wettbewerbes, der Verwertung, des real existierenden globalen Kapitalismus. Das Patriarchat spielt - der unter stolzen Gendergewand unkenntlich geworden Emanzipationsanspruch der alten Frauenbewegten, ihr Geschrei um GleichENTrechtigung der Frauen sind dafür Symptom - kaum noch die zweite Geige. Dass die Altfeministinnen es sind, die an der Spitze der Bewegung zur Ächtung und Schmähung der Menschen im FesD stehen, ist folgerichtiger Sargnagel der emanzipationsnegierenden Agenda eines fundamentalisierten, eines überholten Feminismus. Die Tendenz zur Verknöcherung und zum Dogma ist ein Leiden der ...ismen.

Ihr Leitspruch: **Freiheit, darf nicht die der Andersdenkenden und -lebenden sein.**

Welch ein Glück zu denen zu gehören, vor denen die billig gerecht Denkenden schon immer gewarnt haben.

## Quellen

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/032/1803256.pdf>:

- (1) „Die Europaratskonvention gegen Menschenhandel ... umfasst alle Formen von Menschenhandel, gleichgültig, ob sie im Kontext organisierter Kriminalität stehen oder nicht.“ (S. 1)
- (2) „Die Umsetzung der Europaratskonvention erfordert gesetzliche Neuregelungen in den Bereichen des Aufenthaltsgesetzes, des Asylbewerberleistungsgesetzes, des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, der Gewerbeordnung sowie des Arbeitsgerichtsgesetzes.“
- (3) Artikel 4 Änderung des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und 5, Änderung der Gewerbeordnung, Betroffene, Hinweispflichten: „sind ... unverzüglich schriftlich in einer für sie verständlichen Sprache darauf hinzuweisen, ...“ (S. 4)
- (4) „Menschenhandel kann zur sexuellen Ausbeutung sowie zur Arbeitsausbeutung erfolgen. Fallzahlen in den Wirtschaftsbereichen Gastronomie- und Hotelgewerbe, Sexindustrie, Landwirtschaft, Baubranche, der Fleisch verarbeitenden Industrie sowie in Privathaushalten, in der Pflege oder bei Au-Pairs nehmen zu. In der Bundesrepublik richten sich die Unterstützungsstrukturen bisher weitgehend an Betroffene des Menschenhandels zur sexuellen Ausbeutung. Das Unterstützungssystem für Betroffene des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung weist noch erhebliche Lücken auf.“ (S. 8)
- (5) „Opfer von Menschenhandel werden nach der Rückkehr in ihre Herkunftsländer oftmals familiär und gesellschaftlich geächtet. Ihr Zugang zu grundlegenden Leistungen der Daseinsvorsorge und zur beruflichen Betätigung wird dadurch erheblich erschwert oder gar faktisch unmöglich gemacht. Aufgrund

fortbestehen-der gesellschaftlicher Tabus gilt dies insbesondere für Opfer von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung.“

(6) „Die Einfügung ... dient der Umsetzung von Artikel 15 Absatz 1 der Europaratskonvention gegen Menschenhandel, der eine umfassende Information der Betroffenen über ihre Rechte sowie über deren Durchsetzbarkeit in Gerichts- oder Verwaltungsverfahren ab dem ersten Kontakt mit den Behörden vorsieht. ... Die Änderung ergänzt die unzureichenden Informationspflichten der Behörden ... Zur konsequenten Umsetzung der Rechtsansprüche der Betroffenen ... sind die Informationspflichten auf alle Kontrollbehörden auszuweiten und so früh wie möglich im Prozess der Opferidentifikation zu verankern.“ (S. 11)

(7) Zu Artikel 8, Berichterstatteinstelle „Menschenhandel“ „... wird eine Berichterstatteinstelle eingerichtet und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) zugeordnet, das für die Bekämpfung von Arbeitsausbeutung zuständig ist. Zudem ist das Projekt „Faire Mobilität“ bei dem BMAS angesiedelt, das ein Netzwerk von Beratungsstellen für Opfer von Menschenhandel unterhält.“ (S. 12)

Projekt Faire Mobilität, siehe:

<http://www.bmas.de/DE/Themen/Soziales-Europa-und-Internationales/Meldungen/faire-mobilitaet.html>

(8) <http://www.wiete-strafrecht.de/User/Darstellung/StGB/15%20StGB.htm#gesetzestext>: „Fahrlässig handelt, wer eine objektive Pflichtwidrigkeit begeht, sofern er diese nach seinen subjektiven Kenntnissen und Fähigkeiten vermeiden konnte, und wenn gerade die Pflichtwidrigkeit objektiv und subjektiv vorhersehbar den Erfolg herbeigeführt hat. Die Einzelheiten des durch das pflichtwidrige Verhalten in Gang gesetzten Kausalverlaufs brauchen dagegen nicht vorhersehbar zu sein (st. Rspr.; vgl. [BGH, Urt. v. 26.5.2004 - 2 StR 505/03](#) - BGHSt 49, 166, 174 - NJW 2004, 2458; BGHR StGB § 222 Pflichtverletzung 5; [BGH, Beschl. v. 10.5.2001 - 3 StR 45/01](#); [BGH, Urt. v. 13.11.2003 - 5 StR 327/03](#); [BGH, Urt. v. 20.11.2008 - 4 StR 328/08](#) - BGHSt 53, 55 - NSTZ 2009, 148). Pflichtwidrig im Sinne einer fahrlässigen Tatbestandsverwirklichung handelt, wer objektiv gegen eine Sorgfaltspflicht verstößt, die gerade dem Schutz des beeinträchtigten Rechtsguts dient und zu einer Rechtsgutverletzung führt, die der Täter nach seinen subjektiven Kenntnissen und Fähigkeiten hätte vermeiden können (vgl. [BGH, Urt. v. 1.2.2005 - 1 StR 422/04](#) - NSTZ 2005, 446; Tröndle/Fischer, StGB 52. Aufl., § 15 Rdn. 12 mit Nachweisen aus der Rechtsprechung des BGH).“

(9)